

Nationalrat folgt der Regierung: Keine neuen AKW – Kein Zeitpunkt für die Abschaltung alter Kraftwerke

# Schweiz „fristlos“ bei Atomausstieg

■ Langwieriger Beschlussprozess.  
■ Gute Chancen für deutsche Klagen?

**Bern.** Der Schweizer Nationalrat hat am Mittwoch den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen. Nach der Regierung (Bundesrat) sprach sich auch der Nationalrat, die große Kammer des Parlaments, gegen den Bau neuer Atomkraftwerke aus. Die bestehenden fünf Reaktoren sollen aber nicht vorzeitig abgeschaltet werden. Ein fixes Datum für den endgültigen Ausstieg wurde nicht festgelegt. Der Bundesrat hatte einen etappenweisen Ausstieg bis 2034 vorgeschlagen.

Bis dahin warten noch zahlreiche Hürden. Im Herbst wird sich die zweite Kammer, der Ständerat, in dem die Kantone vertreten sind, mit der Frage befassen. Dann geht das Thema erneut zur Regierung und wird wieder im Parlament beraten. Zum Schluss dürfte es in dieser Frage noch zu einer Volksabstimmung kommen. Die Beratungen könnten sich über mehrere Jahre hinziehen.

Die national-konservative Schweizerische Volkspartei (SVP), die größte Partei des Landes und im Parlament, stimmte gegen den Ausstieg. Die Schweiz verfügt

über fünf Atomreaktoren an vier Standorten, die alle im deutschsprachigen Teil des Landes liegen.

Mit 108 zu 76 Stimmen (bei neun Enthaltungen) stimmte der Nationalrat einer Motion (Antrag) der Grünen zu, die fordert, dass die Schweiz „sobald wie möglich“ auf die Nutzung von Atomenergie verzichten solle. Ein weiterer Punkt der Motion, der vorsah, konkrete Maßnahmen bereits bis zum Ende des Jahres aufzuzeigen, wurde jedoch abgelehnt. Angenommen wurden auch Anträge der BDP (Bürgerlich-Demokratische Partei) sowie der CVP (Christlichdemokraten). Jene der BDP fordert den Bewilligungsstopp für neue Atomkraftwerke und wurde mit 101 zu 54 Stimmen (bei 36 Enthaltungen) gutgeheißen. Die Motion der CVP beinhaltet den Auftrag an den Bundesrat, erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu fördern. Im Nationalrat stimmten 99 zu 54 Stimmen (bei 37 Enthaltungen) dafür.

## Schlechtes Rating

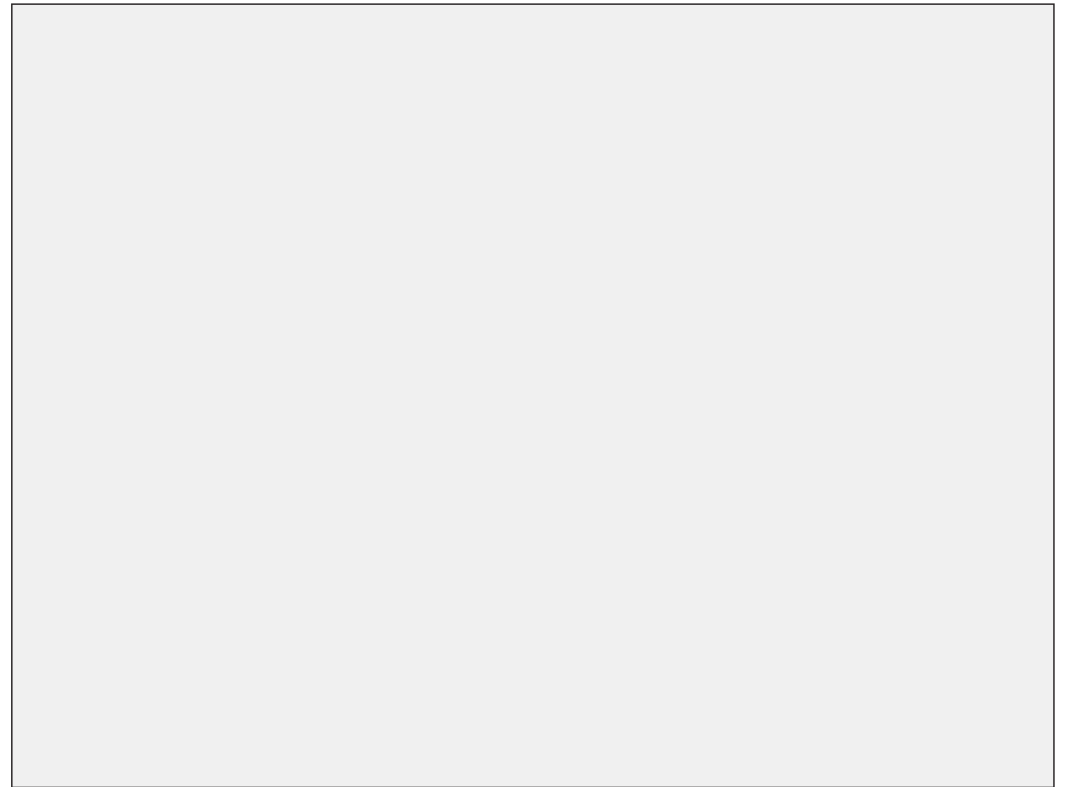
In Österreich begrüßte die Umweltsprecherin der SPÖ, Petra Bayr, den Schritt der Schweiz als wichtig für ein „Europa ohne Kernkraftwerke“. Gemeinsam mit Deutschland markiere die Schweiz damit „einen ein-

deutigen europäischen Trend weg von der Kernkraft“, sagte Bayr.

Die Debatte in Deutschland ist freilich noch keineswegs zu Ende. Justizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger hält zwar den von der Regierung vorgelegten Gesetz-Entwurf für den Atom-Ausstieg für rechtlich abgesichert. Am Rande einer Expertenbefragung des Parlaments stellte aber auch der langjährige Chef für Reaktorsicherheit im Umweltministerium, Wolfgang Renneberg, die Rechtmäßigkeit des Abschaltplans infrage: „Ich habe selten so etwas Schlechtes gesehen von der Gesetzestechnik her“, sagte der Ex-Spitzenbeamte aus rotgrünen Zeiten.

Deshalb sehen Experten recht gute Chancen für Schadenersatzklagen der Stromkonzerne in Milliardenhöhe. Immer mehr Ratingagenturen stufen die Bonitätsnoten für die AKW-Betreiber herunter – zuletzt senkte Standard & Poor's die Beurteilung der Kreditwürdigkeit des Energiekonzerns RWE auf „A-“ beziehungsweise „A-2“.

Der deutsche Atomausstieg könnte auch am Freitag in Luxemburg zum Thema werden, wenn die EU-Energieminister über einen „Fahrplan“ für die Energiepolitik bis 2050 beraten. ■



Energieministerin Doris Leuthard im Parlament: Bei den erneuerbaren Energien sei die Schweiz noch ein Entwicklungsland, sagte sie. Foto: Reuters

## Ringgen um OSZE-Chefposten

■ Litauen hofft auf Zustimmung zu italienischem Kandidaten.

**Wien.** Litauen, das derzeitige OSZE-Vorsitzland, will nach dem Streit um den Generalsekretär „vorwärts blicken“. Nach dem Veto der Türkei gegen die österreichische Ex-Außenministerin Ursula Plassnik hofft es auf eine Zustimmung zum italienischen Kompromisskandidaten für das Amt des Generalsekretärs der Organisation, Lamberto Zannier. „Litauen wird alles unternehmen, um bis Ende Juni

eine Lösung zu finden“, sagte der Spitzendiplomat Rytis Paulauskas im ORF-Radio. Österreich baut indes auf eine Sondersitzung der OSZE-Botschafter am heutigen Donnerstag.

Dabei müsse die Türkei „ihre Gründe auf den Tisch legen“, warum sie Plassnik nicht unterstütze, erklärte Außenminister Michael Spindelegger. Wien hält jedenfalls an der Kandidatur der ehemaligen Ministerin fest. Sie selbst meinte, sie habe in dem Verfahren „den Schlusspfeiff noch nicht gehört“.

Beobachter erwarten sich von der Zusammenkunft

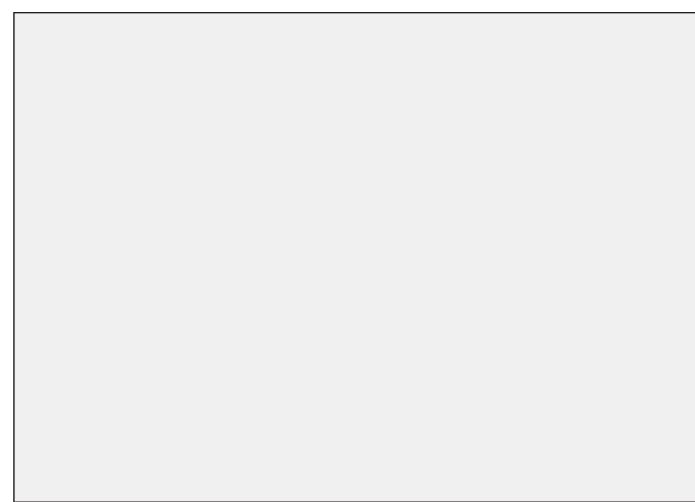
der Botschafter der 56 OSZE-Staaten auch Aufschluss darüber, ob es möglicherweise Widerstand gegen die Kandidatur des Kompromisskandidaten Zannier gibt. Dem Vernehmen nach gibt es innerhalb der OSZE den Wunsch nach einem Bewerber mit größerem politischen Gewicht, da das Amt des Generalsekretärs im Zuge der geplanten OSZE-Reform aufgewertet werden soll. Bisher waren immer Berufsdiplomaten OSZE-Generalsekretäre, derzeit ist es der Franzose Marc Perrin de Brichambaut. Sein Mandat läuft am 30. Juni aus. ■

## FPÖ-Spitze verliert im EU-Parlament die Nerven

Von WZ-Korrespondent Wolfgang Tucek

■ Strache, Vilimsky verkrafteten Frage nach Hitler nicht.  
■ Eklat überschattet rechte Vernetzung in Europa.

**Straßburg.** Der erste Besuch von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im EU-Parlament in Straßburg hatte sich am Mittwochvormittag gut angelassen. Treffen mit dem rechtsextremen Vlaams Belang aus Belgien und der rechtsnationalen Lega Nord sollten die bessere Vernetzung seiner Partei in Europa fördern. Sachlich erläuterte Strache seine Bestrebungen, die FPÖ künftig in einer Parlamentsfraktion unterbringen zu wollen – eine Voraussetzung für tatsächliche Einflussnahme auf den europäischen Gesetzgebungsprozess. Doch der als Krönung gedachte Auftritt mit Marine Le Pen, dem freundlichen Gesicht der rechtsextremen Front National aus Frankreich, geriet zum Eklat.



Den Auftritt Straches mit Marine Le Pen, Vorsitzende der Front National, überschattete ein Eklat. Foto: epa/Karaba

ORF-Korrespondent Raimund Löw fragte die Französin, was sie davon halte, dass FPÖ-Politiker in der Debatte um die Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers in einigen österreichischen Städten nicht bei der Aberkennung derselben mitstimmten wollten. Daraufhin verlor Strache die Nerven und bezichtigte den Journalisten „wider besseren Wissens im Ausland Nestbeschmutzung Österreichs“ zu betreiben. Mitglieder seiner Delegation begannen empört herumzubrüllen, da-

runter FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky und Johannes Hübner, europapolitischer Sprecher der Partei im Nationalrat.

Professionell agierte in dieser Situation nur Le Pen: Sie sei überrascht, wie schnell Hitler ins Spiel komme, sagte sie. „Das ist immer dann der Fall, wenn die Argumente ausgehen.“

Sichtlich aufgebracht meinte Strache schließlich: „Es ist unfassbar und schäbig, hier bewusst ein falsches Bild darzustellen. Faktum ist: Zum Glück ist

ein Herr Hitler seit 1945/46 in keiner österreichischen Stadt mehr Ehrenbürger.“ Denn durch den Tod sei die Ehrenbürgerschaft automatisch erloschen, zusätzlich hätten die Alliierten allen Kriegsverbrechern die Ehrenbürgerschaft aberkannt.

Ruhig blieb die ganze Zeit der langjährige FPÖ-Europaparlamentarier Andreas Mölzer, dem der Ausbruch seiner Parteifreunde unangenehm zu sein schien. „Die Frage war legitim. Aber sie hat unterstellt, dass die FPÖ für die Ehrenbürgerschaft Hitlers sei“, meinte er nach der missglückten Veranstaltung.

## Ringgen mit Image

In den Hintergrund trat durch die Darbietung von Straches Delegation der eigentliche Grund ihres Besuchs. Der Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ (EFD) wolle die FPÖ beitreten, erklärte der Parteichef. Die bekanntesten Mitglieder der EFD sind die Lega Nord, die UK Independence Party und die rechts-populistische dänische Volkspartei. Noch seien aber „ein bis zwei Einzel-

personen“ in der Fraktion gegen den Beitritt der Freiheitlichen. Grund sei die „gezielte Diffamierung“ seiner Partei, die durch die Linke und Sozialistische Internationale geschürt werde, meinte Strache.

Tatsächlich war von der Lega Nord zu hören, dass sie sich vor allem wegen des schlechten medialen Images von der FPÖ fernhalte. Inhaltlich gebe es durchaus Übereinstimmungen.

Eine neue Fraktion mit Le Pens FN oder dem Vlaams Belang ist wegen der Parlamentsgeschäftsordnung nicht möglich. Mindestens 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedstaaten wären dafür nötig. Andere fraktionsfreie Abgeordnete wie die bulgarischen Brachialnationalisten von Ataka, die Großrumänische Partei und die offen rassistische British National Party seien „keine Gesprächspartner“, grenzte Strache ab. Mölzer schloss eine fraktionelle Zusammenarbeit mit der rechtsradikalen Jobbik-Partei in Ungarn aus, die auch einen paramilitärischen Flügel hat. ■

## Unterstützung für Bulgarien und Rumänien

■ EU-Parlament stimmt für Beitritt zu Schengen-Zone.

**Straßburg.** Mit klarer Mehrheit hat das EU-Parlament in Straßburg für den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur Schengen-Zone votiert. 487 Mandatäre stimmten dafür, lediglich 77 Abgeordnete waren dagegen. Nur: Beschließen müssen die Aufnahme die EU-Innenminister. Und die wollen – wie berichtet – noch nicht bei ihrer Sitzung am heutigen Donnerstag, sondern frühestens im September die Weichen für den Beitritt stellen. Die ursprünglich für Ende März 2011 geplante Aufnahme verschiebt sich so auf ein unbestimmtes Datum.

Dessen ungeachtet demonstriert Rumänien Zuversicht. Sein Land werde „mit 99-prozentiger Wahrscheinlichkeit“ noch heuer in den Schengen-Raum aufgenommen, sagte Innenminister Traian Igas. Ähnlich optimistisch gab sich Präsident Traian Basescu. ■